

## Das Ende der kritischen Industriegesellschaft?<sup>1</sup>

Michael Schumann

### Vorbemerkung

1. Meine Themenformulierung, so wurde mir mitgeteilt, lege ein mir durchaus peinliches Missverständnis nahe. Ich möchte es vorab ausräumen. Eine Interpretation, dass das Ende der kritischen Industriegesellschaft mit dem Abgang von Schumann zu tun haben könnte, ist *mir* nie in den Sinn gekommen. Außerdem: Ich will ja durchaus noch ein bisschen mitmischen, trotz 65. Geburtstag und formellem Dienstende. Das gesellschaftliche Privileg des Hochschullehrers, weiter arbeiten zu dürfen, werde ich nutzen.

Eher schon dachte ich bei der Formulierung des Themas an „Das Ende der Arbeitsteilung?“, meine und Horst Kern's einflussreichste Veröffentlichung. Wir lagen damals mit unserem „Ja“ auf diese Frage, also mit unserer Erwartung einer neuen, Arbeitsteilung zurücknehmenden betrieblichen Rationalisierungspolitik, nicht ganz falsch. Meine Vorhersage für die Industriegesellschaft heißt: Nicht das Ende, sondern umgekehrt eine Renaissance ist angesagt. Es hat sich in unserer Zunft nur noch nicht herumgesprochen. Insofern ist die Themenformulierung keineswegs leere Rhetorik.

2. Ich verwende in meinem Vortrag weiterhin die Bezeichnung „Industriegesellschaft“, obwohl mir die Relativierung der Kategorien „Industrie“, „Industriearbeit“ und „Industriearbeiter“ im Zuge der wachsenden Dominanz des sich ausbreitenden Sektors Dienstleistung

durchaus bewusst ist. Zwei Gründe veranlassen mich dazu: Zum einen gehe ich davon aus, dass auch die Gesellschaft der Zukunft entsprechend dem Stand und der Weiterentwicklung ihrer Produktivkräfte und der erweiterten Beherrschung von Natur immer auch eine Industriegesellschaft sein wird; dass also Industrie gerade für Deutschland noch für lange Zeit als wichtige Ressource für die ökonomischen Chancen und für die gesellschaftlichen Perspektiven zentrale Bedeutung hat und einen entsprechenden Machtfaktor bildet. Zum anderen liegt (noch) kein stimmiger neuer Begriff vor, gegen den ich „Industriegesellschaft“ austauschen wollte. Mir würde am ehesten einleuchten, die französische Tradition aufzugreifen, nach der immer schon synonym für Industriegesellschaft von der „Sociologie du Travail“ gesprochen wurde.

3. Es geht mir in meinem Vortrag um keine „Programmatische“ einer zukünftigen kritischen Industriegesellschaft. Ich argumentiere vielmehr ausschließlich entlang der Fragen, die „das Ende der kritischen Industriegesellschaft“ thematisieren: Bleibt „Arbeit“ eine soziologische Schlüsselkategorie? Welche Konsequenzen hat der Wandel der (Erwerbs-)Arbeit? Wie stellt sich heute bei anwendungsorientierter Industriegesellschaft der gesellschaftskritische Approach dar? Ginge es um eine systematische Darstellung, so wären die heutigen Aufgabenstellungen der kritischen Industriegesellschaft ungleich breiter und vielfältiger vorzustellen.

---

1 Vorlesung zum Abschluss meiner amtlichen Lehrtätigkeit am 25. April 2002

## I.

Die Fragen an die Industriesoziologie ergeben sich aus Einwänden, die gegen sie in den letzten Jahren von außen und von innen formuliert wurden. Ihre Infragestellung von außen, von der Soziologie im allgemeinen, hieß schon Anfang der 80er Jahre: Das Ende der Arbeitsgesellschaft sei heute angesagt. Arbeit verlöre ihre gesellschaftliche Zentralität (Claus Offe). Die Einwände von innen, also von Industriesoziologen, die sich auch selbst ganz im Sinne von Adorno und Horkheimer als „kritische“ Vertreter des Faches verstehen, denen es also nicht um Reproduktion der Gesellschaft geht, sondern um ihre Veränderung zum Richtigen, haben eine unterschiedliche Stoßrichtung. Da ist zum einen die Kritik von Christoph Deutschmann zu nennen: Er sieht eine falsche Konzentration der kritischen Industriesoziologie auf ihren traditionellen Gegenstand, den tayloristischen Industriearbeiter und spricht deswegen von der Gefahr des Anachronismus; Zum anderen gibt es den von Horst Kern vorgetragener Einwand: Die Soziologie, also auch die Industriesoziologie, habe sich zur „praktischen Organisationswissenschaft“ mutiert und darüber ihren kritischen Biss verloren. Also Ende der kritischen Industriesoziologie?

Die Gliederung meines Vortrages folgt diesen Infragestellungen des Faches.

## II.

Noch in den 70er Jahren galt für das Verhältnis von Soziologie und Industriesoziologie als State of the Art die Formulierung von Burkhard Lutz und Gerd Schmidt im Handbuch der empirischen Sozialforschung: „Es ist nahezu unmöglich, Industriesoziologie ... in gleicher Weise wie andere sogenannte „Bindestrich-Soziologien“ eindeutig in einen systematischen Zusammenhang soziologischen Denkens und Forschens einzuordnen. ... Insoweit „Industrialisierung“ ... den zentralen Impuls der Entstehung und Entwicklung industrieller Gesellschaften darstellt und insoweit Soziologie als Wissen-

schaft selbst ein Produkt eben dieses Prozesses ist, sind die sozialen Strukturen und Prozesse, in denen sich Industrialisierung vollzogen hat und vollzieht, von Anfang an zentrales Thema von Soziologie schlechthin“ (Lutz/Schmidt, S. 101, 1977).

Über dieses Selbstverständnis herrschte natürlich in der Soziologie nie voller Konsens. Aber fachweit wurde erstmals auf dem 21. Deutschen Soziologentag in Bamberg 1982 daran heftig gerüttelt. „Krise der Arbeitsgesellschaft?“ lautete die Kongressfrage. Claus Offe trug in seinem Beitrag „Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie?“ die wichtigsten Einwände gegen das Modell der Arbeitsgesellschaft vor. Er nannte drei Aspekte, um die „objektiv abnehmende Determinierungskraft der Tatbestände von Arbeit, Produktion und Erwerb für die Gesellschaftsverfassung und auf die Gesellschaftsentwicklung“ zu begründen:

(1) Mit der relativen Ausbreitung der abhängigen Erwerbsarbeit geht ihre interne Differenzierung einher. Das formale Dach „Arbeitnehmer“ wird für den Inhalt des Handelns, die Wahrnehmung von Interessen und die Lebensstile immer weniger aussagekräftig; Stichwort: Pluralisierung der Arbeit.

(2) Es kommt mehr und mehr zu einer zeitlichen Marginalisierung der Arbeit im Lebenszeitraum. Arbeit verliert ihre ausstrahlende Kraft auf das Gesamtleben. Stichwort: anstelle der Arbeit rückt die „Lebenswelt“ ins Zentrum der Aufmerksamkeit.

(3) Dieser Bedeutungsverlust von Arbeit lasse auch Begriffe wie „Kapitalismus“ und „Industriegesellschaft“ obsolet werden. Offe bezieht sich dabei ausdrücklich auf die „Theorie des kommunikativen Handelns“ von Jürgen Habermas, in der dieser die Arbeit aus ihrer Rolle für gesellschaftliche Emanzipation entlassen hat. Stichwort: Arbeiter/ Arbeitnehmer sind als Träger von Fortschrittsbewegungen nicht mehr interessant.

Offe stützte seine Argumente auch auf veränderte gesellschaftliche Thematisierungen. Im Vordergrund stan-

den damals Auseinandersetzungen um „Frieden und Abrüstung“, „Ökologie“, „Menschen- und Bürgerrecht“ und die Frauenfrage, d.h. das Einklagen der gesellschaftlichen Gleichstellung.

Die Verabschiedung der Arbeitsgesellschaft öffnete der Soziologie Spielraum für neue Interpretationsversuche, was unsere Gesellschaft umtreibt und zusammenhält. Ein bunter Strauß von X-Y-Z-Gesellschaftsmodellen wurde zusammengetragen. Erinnern Sie noch? „Erlebnisgesellschaft“, „Protestgesellschaft“, „Risikogesellschaft“, „Wissensgesellschaft“, „Freizeitgesellschaft“, „Dienstleistungs“- und „Informationsgesellschaft“ und so weiter. Die Haltwertzeit der Modelle blieb zumeist kurz; ihr beschränkter Erklärungswert hinkte allzu sehr hinter ihrem gesamtgesellschaftlichen Interpretationsanspruch her. Und deutlich wurde bald auch: Die gesellschaftliche Zentralität der Arbeit ließ sich nicht so einfach von einem Soziologentag verabschieden. Jedenfalls war das Thema damit nicht vom Tisch.

Das Resümee von Martin Baethge nach einer von ihm geleiteten hochkarätigen Diskussionsrunde auf dem Hamburger Soziologentag 1986 sprach Bände über den Stand unseres Fachs: „Die Frage über den gesellschaftstheoretischen Stellenwert der Arbeit kann ... nicht als entschieden gelten“ (M. Baethge, S. 188, 1987). So ging auch das Hornberger Schießen aus!

Der „Glaubenskrieg“ hält bis heute an. Aber die Gewichte haben sich wieder verschoben. In einem von Jürgen Kocka und Claus Offe vor einem Jahr herausgegebenem Buch über die „Geschichte und Zukunft der Arbeit“ heißt es resümierend bei Kocka: „Vom ‚Ende der Arbeit‘ oder auch nur vom ‚Ende der Erwerbsarbeit‘ zu sprechen macht wenig Sinn“ (Kocka, S. 491, 2000). Und Gerd Schmidt titelt seine jüngste Veröffentlichung „Kein Ende der Arbeitsgesellschaft“. Unter der Überschrift „Wider die empirieferne Ausführung der These einer ‚Krise der Arbeitsgesellschaft‘“ heißt es hier lapidar: „Ungeachtet kürzerer formeller Arbeitszeiten in einigen Wirtschaftsbereichen und beachtlich entfalteter Freizeitkultur und Freizeitökonomie ist die Arbeitssitua-

tion zweifellos heute noch wichtiger Ausdruck des Zwischenmenschlichen wie auch der Identität von Individuen“ (Schmidt, S. 11, 1991). In seinem höchst aktuellen und spannenden neuen Buch über „Arbeit und menschliche Würde“ stützt Oskar Negt solche Positionen: „Dass Menschen autonomiefähig sein können, setzt voraus, dass sie von bezahlter Arbeit leben. Im gegenwärtigen Zustand einer Weltzwangsgesellschaft ist herkömmliche Erwerbsarbeit praktisch die einzige Arbeitsform, die mit Existenzsicherung und sozialer Anerkennung verknüpft ist; sie bildet ein emanzipatives Minimum“ (Negt, S. 713, 2001).

Soviel zum aktuellen Stand der Debatte: Sie verdeutlicht, dass Industriesoziologie langsam wieder aus der Defensive herauskommt. Für meine These ihrer Renaissance reicht das natürlich nicht hin. Dafür sind zusätzliche Argumente nötig. Ich habe eines bei Hans Paul Bahrtd, meinem Vorgänger und wichtigem Soziologielehrer, gefunden: Der enge Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Soziologie und der der Gesellschaft.

Bahrtd schrieb 1980 in seiner wissenschaftlich so angenehm unpräzisen und dabei so eindeutigen Sprache: „Die Geschichte der Soziologie zeigt, dass die großen Schulen der Soziologie entstanden sind, wenn bestimmte gesellschaftliche Situationen den Wissenschaftlern bestimmte Probleme vor die Füße warfen“ (Bahrtd, S. 32, 1981). Er verwies dazu auf die Entstehung der Soziologie. August Comte, einer ihrer Väter, fahndete Mitte des 19. Jahrhunderts nach einer, zunächst in Anlehnung an die Naturwissenschaften konzipierten „sozialen Physik“ der Gesellschaft. Er wollte die Chaotik, in der sich die europäische Gesellschaft damals befand, begreifen: Kriege, Säkularisierung, Industrialisierung, Revolutionen und Bürgerkrieg. „Soziologie“ wurde von Comte entworfen, um Konflikte erklären zu können und Vernunft gesteuertes Handeln und tragfähige Lösungen auf den Weg zu helfen.

Mir scheint nun, dass dieses Beispiel auch für die Entwicklung der Industriesoziologie etwas hergibt. Nehmen

wir nur die Nachkriegszeit. Der rasante Wirtschaftsaufbau Westdeutschlands, die anstehende Durch-Industrialisierung der Fertigungen, die Auseinandersetzungen um das gewünschte Wirtschaftsmodell: traditionelle autoritär-patriarchalische Herr-im-Haus-Lösungen versus moderne wirtschaftsdemokratische Mitbestimmungskonzepte - dieser Umbruch forderte geradezu eine auf Arbeit fokussierte Soziologie, die in der Lage war, ihn auch in seinen gesellschaftlichen Folgedimensionen zu begreifen, wissenschaftlich begründete Positionen zu markieren und in die Lösungsdebatte einzubringen.

Als dann in den folgenden Jahren das „Wirtschaftswunder“ erfolgreich in Szene gesetzt werden konnte mit Wohlstandszugewinn für fast alle, veränderte sich das Bild. Der Klassenkonflikt schien durch Institutionalisierungen tatsächlich stillgesetzt. Schelsky's schon früh vorgetragene Formel von einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ konnte sich gegen industriesoziologische Interpretationen, die auf der Machtasymmetrie von Kapital und Arbeit insistierten, mehr und mehr durchsetzen.

Wieder waren es dann Ende der 60er Jahre gesellschaftlich gesetzte Impulse, die die Industriesoziologie neu herausforderten und Nachfrage nach ihr stimulierten. Durchaus disparate Geschehnisse verwirrten und erschreckten die Öffentlichkeit und die politisch Handelnden:

- Die Zeit war vorbei, in der es immer nur aufwärts ging, der gesellschaftliche Fortschritt stockte;
- 1967 erlebte West-Deutschland die erste bemerkenswerte Nachkriegsrezession;
- die einsetzende „Automation“ bedrohte die traditionellen Arbeitsformen, Ausbildungen und Beschäftigungsfelder;
- die „wilden“ sogenannten „September-Streiks 1969“ signalisierten überwunden gedachte Konfliktlinien und Austragungsformen;
- die 68er Studentenrevolte stellte viele der in den Nachkriegsjahren etablierten politisch-moralischen Normalitätsansprüche in Frage.

Alles in allem: die institutionalisierten Konfliktregelungen und die damit erreichte gesellschaftliche Stabilität erwies sich als brüchiger als zuvor gedacht.

Industriesoziologie war wieder gefragt: Sie entzauberte das problematisch gewordene Bild einer befriedeten Mittelstandsgesellschaft. Und obwohl ihr theoretisches Vermögen recht begrenzt war, sie über keine elaborierte, allgemein anerkannte und tragfähige „Theorie der Gesellschaft“ verfügte – Orientierung, nicht mehr, bot den meisten die marx'sche Kritik der politischen Ökonomie - hatten ihre Aussagen für viele gesellschaftliche Akteure und Medien Deutungskraft. „Arbeit“ und die durch sie zu erklärenden gesellschaftlichen Probleme wurde wieder zur Schlüsselkategorie.

Mitte der 70er Jahre versuchte sich die bereits institutionell ausgebaute Industriesoziologie in Deutschland dann sogar zum ersten Mal, durch das staatliche Programm zur Humanisierung der Arbeit animiert, auch als Gestaltungswissenschaft. Wir wissen: mehr schlecht als recht, denn darauf war sie als „kritische“ Wissenschaft nun gar nicht vorbereitet.

Auch dieser Industriesoziologie-Boom ebte in der zweiten Hälfte der 70er wieder ab - siehe die Diskussion vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“. Wir sahen: die gesellschaftliche Entwicklung rückte andere Themen in den Vordergrund.

Mein Argument setzt hier ein: Ich erwarte für die nächsten Jahre eine Renaissance der Industriesoziologie, weil wir uns wieder an einem gesellschaftlichen Wendepunkt befinden, in dem die Arbeit re-thematisiert wird. Als Chiffre für den Wendepunkt steht „Globalisierung“ – ein zugegebenermaßen unscharfer, schillernder Begriff für vielfältige, auch widersprüchliche Veränderungen. Nicht etwa mit „Globalisierung“ zu erklären, wohl aber im Bedeutungshof von ihr sind zu nennen:

- Entgrenzung der Märkte;
- Weltweite Verschärfung der Ungleichzeitigkeiten;

- Reichtums- versus Armuts- bzw. Inclusions- versus Exclusions-Polarisierung;
- Machtzuwachs insbesondere des Finanzkapitals bzw. der weltweiten Finanzmärkte;
- Neuorientierung in den Unternehmen: einerseits Shareholder value-Ziele und Entledigung von sozialen Bindungen und Rücksichtnahmen; andererseits neue Interessenkoalition von Einzelkapital und Arbeit zum Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit als Voraussetzung für Beschäftigungssicherung;
- Denationalisierung und „Verdunsten“ (Offe) staatlicher Funktionen;
- Entdemokratisierung mangels berechenbarer Kontrollmechanismen (Dahrendorf).

Kein Zweifel: neue gesellschaftliche Turbulenzen zeichnen sich ab. Auch mit neuen Chancen erweiterter, entgrenzter Handlungsmöglichkeiten. Vor allem aber: mit neuen Risiken. Wenn es richtig ist, wie Claus Offe jüngst auf einer Tagung des WZB zur Globalisierung einbrachte, dass in unserer Gesellschaft „Gerechtigkeit“ *der* normative Anspruch ist, der noch am ehesten allgemeine Anerkennung findet, dann ist die Konfliktkonstellation sogar einigermaßen dramatisch. Denn Globalisierung wird mit hoher Sicherheit die Gerechtigkeitslücke in der Gesellschaft vergrößern. Problemverschärfend wirkt dabei: Der Staat kann dafür immer weniger konterkarierende Lösungen offerieren und das Kapitel entpflichtet sich in dieser Frage immer stärker.

Die neu zu beobachtende „Grundtendenz zum Autoritarismus“, von der Ralf Dahrendorf bereits spricht (Dahrendorf, S. 9, 2002) ist in seinen Augen auch Ausdruck dieser Veränderungen. Die aktuellen Wahlniederlagen der Linken in Europa verdeutlichen (so jedenfalls meine Lesart), dass das traditionelle sozialdemokratische Programm für die Wähler kaum mehr als glaubwürdiges Projekt gilt, die erkennbare Vergrößerung der Gerechtigkeitslücke zu verhindern und der damit sich ausbreitenden sozialen Kälte Widerpart zu leisten. Das liegt mitnichten daran, dass „Beschäftigung“, „allgemeine Wohlfahrt“ und „Chancengerechtigkeit“ ihre Bedeutung

als politische Zielsetzungen eingebüßt hätten, auch wenn sie durch die wachsende Pluralisierung der Interessenlagen (vgl. Teil III) sich in je besondere Akzentuierungen und Forderungshaltungen manifestieren und der Gerechtigkeitsanspruch des beschäftigten Facharbeiters Anderes einklagt als der des Arbeitslosen. Doch oberhalb aller Differenzierungen und Gewichtungen wächst die Einsicht: Diese Ziele haben durch die neuen Entwicklungen an Dringlichkeit wieder gewonnen. Die politische Erfahrung der letzten Jahre lehrt aber: Sie werden bis zur Unkenntlichkeit geschliffen und verwässert und bleiben für zunehmend Viele uneingelöst. Die politischen Akteure bestätigen durch ihr Anpassungsverhalten an ökonomische Logiken: die mit der Globalisierung wieder gewachsene Machtasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit legt ihnen eine Politik nahe, die bestenfalls als kleineres Übel noch überzeugen kann. Aus einer an der Vision einer besseren Gesellschaft orientierten Politik wurde damit eine der Schadensbegrenzung. Gerade soweit die Sozialdemokratie selbst Regierungsmacht ausübt, wächst die Desillusionierung. Nicht die sozialdemokratischen Programmpunkte geraten dabei in die Kritik, sondern die sie nicht realisierende Politik.

Wer heute sozialdemokratische Politik konzipiert, wird freilich auch berücksichtigen müssen: Am „alten“ sozialdemokratischen Projekt ist nicht bruchlos anzuknüpfen. Wohlfahrtsstaatliche „Betreuungs- und Schutzpolitik“ muss jenen Zug der paternalistischen Bevormundungs- und Stellvertreterattitüde überwinden; die in den neuen arbeitspolitischen Ansätzen angelegte höhere Selbstverantwortung und Selbständigkeit des Einzelnen in der Sphäre der Arbeit ist als ein Mehr an Mündigkeit auch in der Sphäre des Sozialstaates zu respektieren. Diese neue Mischung sozialdemokratischer Politik, die teilkollektive „Gerechtigkeits“-Lücken und individuelle Anerkennungs-Defizite beheben könnte, ist deswegen so schwierig, weil, bezogen auf dieselben Kategorien, die Erwartungen der „alten“ Klientel ganz anders aussehen als die der „neuen“. Aber ohne diesen Bogen-schlag zerfällt die Einheit von Arbeiter/Arbeitnehmern/neue Mitte. Mehr noch: Teile auch dieser Popula-

tionen antworten auf den Verlust einer „linken“ Perspektive mit der Öffnung nach „rechts“, d.h. zum Populismus der Modernisierungs-Rücknahme oder antworten mit politischer Apathie und Wahlverzicht.

Dahrendorf hat die pessimistische Variante stark gemacht; Oskar Negt eine andere, optimistischere: „Nachdem die Jahrhundertidee des Sozialismus durch Missbrauch beschädigt und entehrt erscheint, haben die (mit ‚Globalisierung‘ entstehenden) antikapitalistischen Gefühle noch keine positiven Ausdrucksformen für organisiertes politisches Handeln. Aber ich bin sicher, dass sich in den nächsten Jahren organisiertere Formen sozialer Bewegung entfalten werden. Denn ... diese sich ausbreitenden Erfahrungen enthalten rebellischen Rohstoff einer historisch neuen Qualität (Negt, S. 20, 2001).

Das kann man sicher skeptischer sehen als Negt. Aber deutlich wird mit beiden Interpretationsangeboten: Die Industriesoziologie kann gar nicht anders als die offenen Fragen aufzugreifen und sich daran abzarbeiten. Wie haben wir gelernt? „Die Entwicklung wirft uns die Probleme vor die Füße“ (Bahrtdt). Und zur Stützung meiner Einschätzung noch ein weiteres Bahrtdt-Zitat: „Die stärkste Schubkraft, die durch alle Widerstände und Frustrationen hinweg (in der Wissenschaft) neue Einsichten zutage zu fördern vermag, ist wahrscheinlich die Furcht vor der Zukunft“ (Bahrtdt, S. 15, 1983). An Furcht vor der Zukunft fehlt es heute als Anreiz für wahr nicht!

### III.

Ich komme zur internen Debatte um Industriesoziologie. Was besagt der „Anachronismus“-Vorwurf von Christoph Deutschmann? Sein Argument ist: Bisher war das zentrale Thema der kritischen Industriesoziologie die technische, bürokratische und tayloristische „Degradierung der Arbeit“. Entsprechend ihrem normativen Bezugspunkt wurde sie als Missachtung der menschlichen Persönlichkeit gebrandmarkt. Heute, so Deutschmann, trage diese Perspektive nicht mehr. Sie fixiere die

Industriosozologie auf einen Arbeitstypus, der durch den Wandel betrieblicher Arbeitspolitik immer mehr obsolet werde. Darüber vernachlässige unsere Disziplin die neu entstehende Arbeitsform der „Wissensarbeit“. Und wo sie „Wissensarbeit“ denn doch interessiert arbeite sie mit dem falschen Bezugspunkt „Restriktivarbeit“ als Negativ-Folie; von ihr könne sich schließlich „Wissensarbeit“ nur positiv abheben. Das stütze eine unkritische Beurteilung der neuen Arbeitsformen.

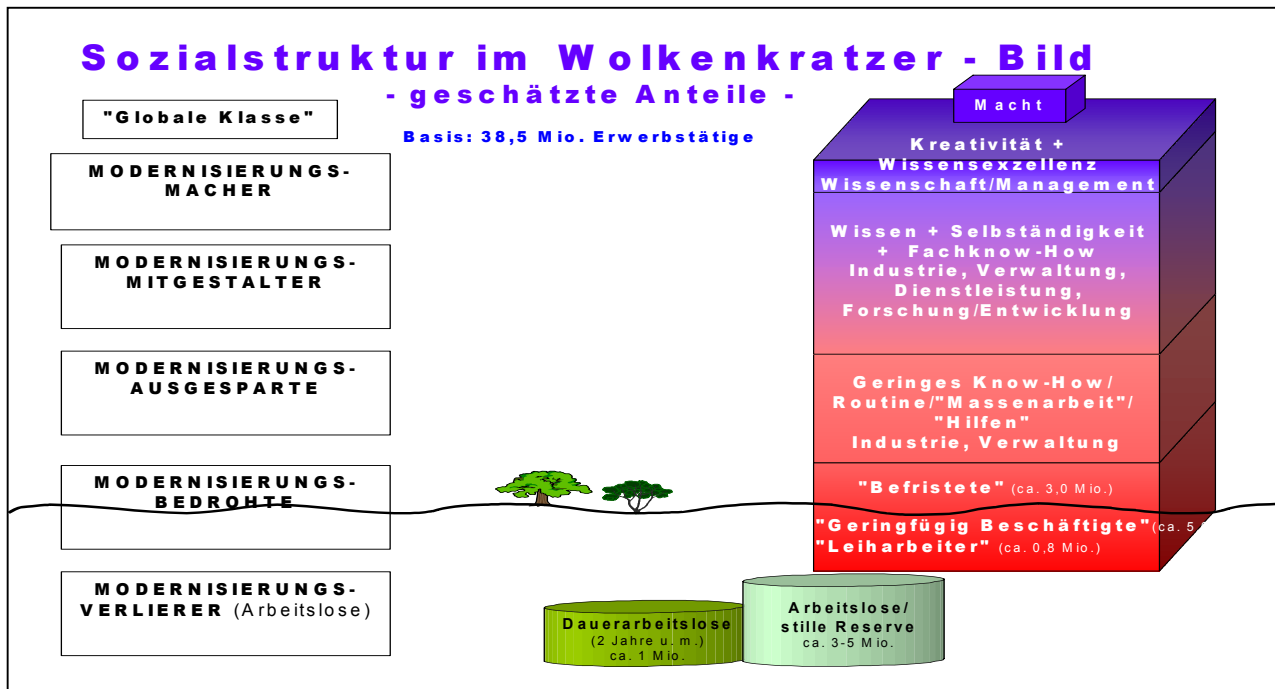
Deutschmann's Einschätzung: Die neue Arbeitspolitik der Unternehmen mit ihrer umfassenden Selbstverpflichtung der Beschäftigten und ihrer Ausdehnung des Verfügungsanspruchs auf die ganze Person des Arbeitnehmers beschwört das Problem chronischer Überforderung herauf. Es entsteht bei diesen, von Günter Voss sogenannten „Arbeitskraftunternehmern“, ein ruinöser Wettlauf des Einzelnen gegen sich selbst und damit eine neue „Entmündigung“. Durch die „vollständige Indienstnahme der Subjektivität der Arbeitenden“ ist diese Unternehmenspolitik deswegen in ihrer Grundtendenz für Deutschmann „totalitär“.

Soweit seine Argumente. Deutschmann bringt mit dem Paradigmenwechsel kapitalistischer Rationalisierung unsere eigenen Ergebnisse ins Spiel, die wir im „Das Ende der Arbeitsteilung?“ vorstellten. In der Perspektive breiterer Ausnutzung des Arbeitsvermögens wird in bestimmten Arbeitsfeldern in der Tat die tayloristische Trennung von Kopf- und Handarbeit wieder rückgängig gemacht. Insofern ist hier Deutschmann also durchaus zuzustimmen: Die Arbeit pluralisiert sich, neue Formen entstehen und müssen analysiert werden. So weit so gut und richtig. Freilich: Wir wissen heute – auch taylorisierte Arbeit hat (neue) Zukunft. In der erwarteten Verallgemeinerung war 1982 der Kern/Schumann-Blick

nach vorne allzu optimistisch. Jetzt ist auch wieder Rekonventionalisierung zu beobachten, die auch wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfordert. Gegen eine Verainseitigung der Industriosozologie nur auf das Neue habe ich aber vor allem auch Bedenken, weil sie dann weiterhin jene Gruppierung ausspart, die aus meiner Sicht heute mit ins Zentrum unserer Forschung gehört: die Arbeitslosen. Da lagen Schwächen der kritischen Industriosozologie, die sich allzu lange nur auf das Segment der Beschäftigten konzentrierte. Martin Kronauer hat dieses Desiderat in seiner glänzenden Analyse der Exklusionsthematik gerade noch einmal herausgearbeitet (M. Kronauer, 2002).

Insgesamt rennt Deutschmann mit der Forderung einer Gegenstandserweiterung offene Türen ein. Wir sind längst dabei – und Deutschmann weiß das. Sein eigentlicher Einwand ist deswegen auch: Die neue „Wissensarbeit“ wird von den kritischen Industriosozologen mit falschen Bezugskriterien analysiert. Deswegen übersehen sie die Grundtendenz einer neuen Form von „Entfremdung“, die sich in diesen Arbeiten andeutet und sich eben anders als bei „Restriktivarbeit“ begründet.

Hier liegt nun tatsächlich eine inhaltliche Kontroverse vor. Ich finde meinerseits die Deutschmann'sche Analyse der „Wissensarbeit“ einseitig und deswegen inhaltlich problematisch. Die Chiffre von der neuen „Entmündigung“ ergänzt nur die Reihe anderer Versuche unseres Faches, ein Catchword vorlegen zu wollen, das letztlich für die Zukunft *der* Arbeit Geltung beansprucht. Sie steht also in einer Linie mit dem „flexiblen, individuell erodierten Menschen“ bei Sennett, der „Totalisierung der Arbeit“ bei Peters, der „Brasilianisie-



nung“ bei Beck, des „Arbeitskraftunternehmers“ bei Voß. Für sie alle gilt als Kritik: es handelt sich um unzulässig zur Globaltendenz hoch stilisierte Verallgemeinerungen von Einzelercheinungen.

Dieter Sauer betont meines Erachtens sehr zu Recht: Auch wenn sich Flexibilisierung, Subjektivierung und Entgrenzung von Arbeit als Prämissen von Rationalisierung verallgemeinern, so blieben die Folgen partikular. Die dabei entstehende „heterogene Landkarte der Arbeit“ sei noch zu zeichnen (Sauer, S. 8, 2001).

An einer solchen Landkarte arbeiten wir gegenwärtig. Es geht um ein Strukturbild der Erwerbstätigkeit in Deutschland entlang der aktuellen Beschäftigungssituation und des beruflich-sozialen Hintergrunds und in bezug auf die Rolle im betrieblich-gesellschaftlichen Modernisierungsprozess. Ich kann hier nur die Grobstruktur vorstellen, um zu verdeutlichen: Selbst „Wissensarbeit“ greift nicht als einheitliche Kategorie; zudem: eine Konzentration auf die neuen Formen der Arbeit blendet zu viele gesellschaftlich höchst relevante Problemlagen aus. Die neue Pluralität von Arbeit/Beschäftigung/Nicht-Beschäftigung erzwingt Ausdifferenzierungen. Die Erwerbs-Sozialstruktur stelle ich Ihnen im Bild eines Wolkenkratzers vor – ich habe es bei Ralf Dahrendorf entlehnt (vgl. Bild 1).



Das oberste Stockwerk wird besetzt von der „*globalen Klasse*“ (Dahrendorf). Sie ist festgemacht an ihren materiellen, aber auch immateriellen Schätzen, also Konzepten, Kompetenzen und Kontakten. In diesem Stockwerk befinden sich auch bereits avancierte „Wissensarbeiter“, vor allem aber Inhaber managerieller Spitzenposition in der alten und neuen Ökonomie, in den Banken und Versicherungen sowie im Mediensektor. Die Penthousebewohner sind also durch ökonomische Herrschaftspotentiale, mediale und gesellschaftliche Präsenz und politische Machtposition gekennzeichnet. Überwiegend wohl Männer unter sich!

In der nächsten Gruppe, den „*Modernisierungsmachern*“, finden wir die Mehrzahl der Wissensarbeiter. Sie arbeiten in den Sektoren der Dienstleistungs- und Informationsökonomie sowie im Forschungs-, Wissenschafts- und Entwicklungsbereich. Zum Teil als abhängig Beschäftigte, zum Teil als Selbständige oder Scheinselbständige. Allemaal in Positionen mit exklusiven Ausbildungswegen und Kompetenzen. Wissen muss sich mit Kreativität und Innovationsfähigkeit bündeln.

Deutschmann weist durchaus zu Recht darauf hin, dass dieser Typus nicht einseitig als Gewinner zu begreifen ist. Unter dem extrem gewachsenen Markt- und Leistungsdruck zeigen sich auch für ihn ganz ungewohnte Unsicherheiten. Kreativitäts- und Lernkapazitäten, in Permanenz nachgefragt, können auch überfordern und ausbrennen. Für diese Gruppe besteht tatsächlich die Gefahr, durch Selbstausschöpfung sich frühzeitig zu verschleifen und damit Statusabbau zu riskieren bzw. ihre Beschäftigungssicherheit zu verlieren. Aber die Kategorie der „Entmündigung“ überzeichnet. Diese Gruppe der Wissensarbeiter hat normalerweise beachtliche immaterielle, aber eben auch materielle Ressourcen, sich zu wehren, und wenn's bedrohlich wird, individuelle Gegenstrategien zu entwickeln.

Die hohe Arbeitsvereinnahmung wirkt vor allem zerstörerisch auf ihren Alltag und ihre Lebenswelt. Und: Sie verhindert systematisch den Aufstieg von Frauen in

diese Gruppe. Deren Familienverpflichtungen machen ihnen zumeist ein solches Engagement unmöglich.

Auch in der Gruppe der „*Modernisierungsmitgestalter*“ befinden sich „Wissensarbeiter“. Auf einem niedrigeren Level. Der wichtigste Unterschied: an sie werden keine genuinen Anforderungen an Kreativität gestellt. Wir sprechen hier von den qualifizierten Angestellten aus den Service-, Verwaltungs- und Entwicklungsbereichen, aber auch von durch Rücknahme von Arbeitsteilung aufgewerteten Arbeitern. Typisch sind komplexe, in ihren Lösungswegen nicht formalisierte Aufgaben, deren Bewältigung eine gewisse Autonomie zumindest erleichtert. Diese Mitgestalter benötigen Fach- und Sozialkompetenz, Flexibilität und Improvisationsvermögen. Besondere Probleme ihrer Arbeit sind die mit der neuen Arbeitspolitik auch erhöhte Leistungsanforderung und der verstärkte Leistungsdruck. Oft sind für sie auch die Arbeitszeiten schwer kalkulierbar und Schichtarbeit wird häufiger. Das hat auf ihren Alltag Auswirkungen. Dennoch geben die Chiffren „Totalisierung der Arbeit“, „existentielle Unsicherheit“ oder „Entmündigung“ für sie nichts her. Denn allemal haben sich die Bedingungen für erfolgreiche Bewältigungsstrategien deutlich verbessert.

Kommen wir zum Typus der „*Modernisierungsausgesparten*“. Sie haben üblicherweise einen, ich formuliere bewusst schillernd, mehr oder weniger gesicherten Arbeitsplatz bei mehr oder weniger prekären Arbeitsbedingungen. Wir finden sie vor allem in Branchen und Betriebsbereichen mit hohen Anteilen einfacher manueller Bedienungs- und Montage-Arbeit. Mal sind es überwiegend Männersektoren (etwa Automobilbau) mal Frauensektoren (etwa Elektroindustrie) – da spielen noch alte Traditionen eine Rolle. Diese Beschäftigten sehen sich sowohl in Industrie wie in Service, Verkauf und Verwaltung rigiden, hohen Leistungsanforderungen ausgesetzt bei stark standardisierter, inhaltsentleerter, geringqualifizierter, unselbständiger Arbeit und oft wachsender Beschäftigungsgefährdung. Globalisierung bedroht sie mit ihren neuen Standortoptionen unmittelbar.

Die neue Arbeitspolitik hat für sie bisher nicht nachhaltig gegriffen und ein begrenzt modifizierter Taylorismus prägt weiterhin oder erneut ihre Arbeitssituation. Das Dilemma dieser Beschäftigten ist ein dreifaches und durchaus altbekanntes: Fachliche Unterforderung, physisch und/oder psychische Überforderung, geringe Arbeitsmarktkraft. Für diese Modernisierungsausgesparten gilt fürwahr die Kategorie der „Unsicherheit“, aber ihre konkrete Problemlage ist gänzlich anders als die der Wissensarbeiter. Das traditionelle Lohnarbeiterschicksal prägt ihre Situation: Arbeit heißt für sie immer noch vor allem Arbeitsleid.

Unsicherheit pur ist dominant für die meisten „*Modernisierungsbedrohten*“, die Prekär-Beschäftigten. In diese Gruppierung fallen die befristet Beschäftigten, die Leih- und auch die Zeitarbeiter, die im Industrie- wie im Dienstleistungssektor, typischerweise – wenn auch nicht ausschließlich – in Bereichen von Niedriglohn und Niedrigqualifikation eingesetzt sind. Wer es nicht als Zwischenetappe begreifen kann, wie vor allem Schüler, Studenten und einzelne Hausfrauengruppen, bewegt sich dabei zumeist auf einer beruflichen Abstiegs spirale, selten in Aufwärtsbewegung. „Job-hoppen“ ist hier nicht Ausdruck von neuer Freiheit und positiven Spielräumen der Individualisierung, sondern bleibt durch den Mangel an fester Beschäftigung erzwungenes Verhalten. Räumliche und zeitliche Instabilität ihres Arbeitseinsatzes prägt gleichermaßen ihre Arbeits- wie ihre Lebenssituation.

Die „*Modernisierungsverlierer*“ schließlich lassen sich in der Kategorie von Arbeit und Beschäftigung nur noch negativ fassen. Es sind die aus diesem Bezugssystem zumeist unfreiwillig Ausgegrenzten, d.h. die (Dauer-)Arbeitslosen. Hier sprechen wir immer noch schwerpunktmäßig von ehemaligen Arbeitern, aber längst sind auch ehemalige Angestellte, sogar höherqualifizierte und auch kleinere Selbständige von den Freisetzungen aus Wirtschaft und Verwaltung betroffen. Ihr Ausschluss vom Arbeitsmarkt hat sich mittlerweile in der Gesellschaftsstruktur dauerhaft verankert, so dass einige Soziologen wie Sebastian Herkommer bereits

von einer „neuen Unterklasse“ der Marginalisierten und Ausgeschlossenen reden bzw. insgesamt die Klassenkategorie wieder stark machen (Klaus Dörre).

Soviel zur Pluralität der Arbeitsformen. Nochmals: Entdifferenzierende Catchwords als Tendenzbestimmung geben da nur falsche Orientierung.

Eine Nachbemerkung sei gestattet. Auch Max Horkheimer, mein erster und einflussreichster Lehrer der Soziologie, verwendete das Wolkenkratzer-Bild. Er berücksichtigte aber in den 20er Jahren zwei zusätzliche Ebenen, die ich Ihnen nicht vorenthalten will:

(Unter den Arbeitslosen) „beginnt erst das eigentliche Fundament des Elends, auf dem sich dieser Bau erhebt, denn wir haben bisher nur von den hochkapitalistischen Ländern gesprochen, und ihr ganzes Leben ist ja getragen von dem furchtbaren Ausbeutungsapparat, der in den halb- und ganzkolonialen Territorien, also in dem weitaus größten Teil der Erde funktioniert... Unterhalb der Räume, in denen millionenweise die Kulis der Erde krepieren, wäre dann das unbeschreibliche, unausdenkliche Leiden der Tiere, die Tierhölle in der menschlichen Gesellschaft darzustellen, der Schweiß, das Blut, die Verzweiflung der Tiere“ (Horkheimer, S. 132, 1934). Horkheimer schließt seine Beschreibung des Wolkenkratzers mit einer auch heute noch nachdenklich stimmenden Bemerkung: „Man spricht gegenwärtig viel von „Wesensschau“. Wer ein einziges Mal das „Wesen“ des Wolkenkratzers „erschaut“ hat, in dessen höchsten Etagen unsere Philosophen philosophieren dürfen, der wundert sich nicht mehr, dass sie so wenig von dieser ihrer realen Höhe wissen, sondern immer nur über eine eingebildete Höhe reden; er weiß, und sie selbst mögen ahnen, dass es ihnen sonst schwindelig werden könnte. Er wundert sich nicht mehr, dass sie lieber ein System der Werte als eines der Unwerte aufstellen, dass sie lieber „vom Menschen überhaupt“ als von den Menschen im Besonderen, vom Sein schlechthin als von ihrem eigenen Sein handeln: Sie könnten sonst zur Strafe in ein tieferes Stockwerk ziehen müssen (Horkheimer, S. 133, 1934).

#### IV.

Ein passender Übergang zu meinem letzten Punkt, den Einwänden von Horst Kern.

Seine Argumente: Nach großen Stunden der Soziologie in den 60er und 70er Jahren, wo sie in der Gesellschaft zu einer Art Leitdisziplin avancierte, weil sie die damaligen „gesellschaftlichen Problemlagen so prononciert und treffend ins Bewusstsein zu heben vermochte, dass die Menschen diese Probleme nicht nur verstehen, sondern auch Ansatzpunkte für die Lösung der Probleme erkennen“ konnten (Kern, S. 118, 2001)) sei anschließend ein Abstieg festzustellen. Nicht in punkto institutioneller Position, wohl aber als gesellschaftlich wirkungsvolle Leitdisziplin. Gehaltvolle Analysen und substanzielle Kritik zum politisch-gesellschaftlichen Wandlungsprozess würden nun von anderen Disziplinen vorgelegt, während sich Soziologie zu einer „praktischen Organisationswissenschaft“ entwickelt habe. Dabei seien Soziologen insbesondere bei betrieblicher Rationalisierung zu „Experten für Passung“, zu „Akzeptanzbesorgern“ und „Konsensherstellern“ geworden; also zu „Beratern“, „Organisatoren“, „Think Tankers“ (S. 124 ff.). Horst Kern interpretiert diese Entwicklung der Soziologie als eine „Wiederkehr des Funktionalismus“, als ein Zurück zur Soziologie von Talcott Parsons aus den 50er Jahren. Als ein Zurück also zu einer Soziologie, die in ihrem Praxisbezug „Systemstabilisierung“ betrieb, nicht Analyse von Systemdysfunktionalitäten, Konflikten oder gar Systemkritik.

Soweit die Einwände von Horst Kern. In einer Schlussbemerkung deutete Kern dann noch seine Perspektiven für das Fach an: Einerseits, mit Hinweis auf Dahrendorf, gelte es, die neuen Spaltungen und Antagonismen, die durch die Globalisierung hervorgebracht werden, zu thematisieren; andererseits sollte wieder mehr „Theorie der Gesellschaft“ betrieben werden.

Meine Einwände gegen die Position von Horst Kern richten sich sowohl gegen seine Interpretation der Be-

deutung der „frühen“ Soziologie (Industriesoziologie) (a.) wie gegen seine Vereinnahmungsthese (b.).

a. Zunächst zu den glorreichen 60er/70er Jahren des Faches. Ich sehe darin vor allem die Gunst der Stunde und der damaligen Gesellschaftssituation, dass gerade die Soziologie halbwegs überzeugende Antworten zu geben vermochte, nicht etwa die damalige Reife des Faches. Erinnern wir: Es war die erste Phase der Reformpolitik mit ihren überschüssigen Planungshoffnungen und ihrem Gestaltungsenthusiasmus. Die Politik stand vor neuen Herausforderungen, für deren Bewältigung sie wissenschaftliche Unterstützung suchte. Das öffnete uns die Türen und Ohren einer uns vorher eher verschlossenen Gesellschaft. Denn alle Probleme schienen noch bewältigbar – wenn man denn mit der richtigen Politik darauf antwortete.

Auch ohne elaborierte Gesellschaftstheorie waren der erste Einbruch im Wirtschaftswunder-Deutschland und die negativen Industrialisierungs- und Rationalisierungsfolgen aus dem Arbeit-Kapital-Widerspruch einigermaßen überzeugend zu erklären. Da hatte die kritische Industriesoziologie leichtes Spiel mit Interpretationen. Improvisation war gefragt - vor allem mit Versatzstücken der Kritik der politischen Ökonomie. Keiner der Wissenschaftler machte sich Illusionen über die Theorieschwächen, aber wir haben sie noch unbefangen überspielt, weil auch die Kritiker sich noch nicht so recht formiert hatten.

Kern's Appell „mehr Theoriearbeit“ war damals wie heute gleichermaßen richtig. Aber eine solche Forderung des „Zurück zur Theoriearbeit“ ist nur weiterführend, wenn sie sich an den in den letzten Jahren stärker gewordenen Bedenken abarbeitet, wie eine „Theorie der Gesellschaft“ heute aussehen könnte? Ob denn unser Fach überhaupt noch am Projekt einer Theorie „der“ Gesellschaft festzuhalten vermag? Deutschmann spricht immerhin bereits von einem „unerfüllten Wunschtraum“ (Deutschmann, S. 48, 2001) und plädiert für Beschränkung auf „Theorien mittlerer Reichweite“. Diesen Pessimismus braucht man nicht zu teilen. Oskar Negt's Ar-

beiten halten z.B. mit guten Argumenten an einer gesamtgesellschaftlichen Theorie fest. Vor allem: Auch ohne Ansprüche auf Geschlossenheit und Ableitbarkeit bleibt für den Empiriker der Theoriebezug konstitutiv. Schließlich geht es ihm darum, über Beschreibungen hinaus gültige strukturelle Erklärungen für Wandlungsprozesse aufzudecken (Kapitalverhältnis? Staatsinterventionen? Institutionen? Technikoptionen?) und Akteure zu benennen, die im Kontext dieser Strukturvorgaben Gestaltungsspielräume behalten und Diskurse führen. Unsere neuen Produktions*konzepte* haben ja gerade wider objektive Gesetzmäßigkeiten der ökonomischen Strukturbestimmungen einen solchen Diskursspielraum für unterschiedliche Akteure akzentuiert. Das heißt, an der allgemeinen Zielsetzung kann es keinen Zweifel geben: In Weiterentwicklung von Theorie und Empirie zumindest eine größere Annäherung an das zu gewinnen, was die Gesellschaft umtreibt, worin ihr inneres Movens liegt. Dass bei dieser Arbeit alle Veränderungen besonders scharf ins Auge zu fassen sind, die heute unter dem Stichwort „Globalisierung“ gehandelt werden, ist breiter Konsens.

b. Besonders wichtig ist mir aber eine Erwiderung auf die Vereinnahmungsthese von Horst Kern. Nicht zu bestreiten ist sicher, dass Soziologie-Vereinnahmung tatsächlich auch stattgefunden hat und ihre erfolgreiche gesellschaftliche Institutionalisierung mit trägt. Gerade für die Industriesoziologie gilt, dass nach einem gänzlich unvorbereiteten und entsprechend wenig erfolgreichen Einstieg in Arbeits- und Betriebsgestaltung im Zusammenhang mit dem staatlichen HdA-Programm in den 70er und 80er Jahren sich viele professionalisierten und ins Beratergeschäft wechselten. Aber Vorsicht mit der Bewertung. Jene Unterscheidung zwischen „angewandter Industrieforschung“ und „kritischer Industriesoziologie“, wie Horst Kern sie 1976 in seiner Antrittsvorlesung hier in Göttingen entwickelte, ist komplizierter geworden und trifft nur noch begrenzt den anstehenden Sachverhalt. Damals konnte Kern völlig zurecht, im Anschluss an Loren Baritz, die „angewandten Industrieforscher“ als „Servants of Power“ bezeichnen. Sie praktizierten Taylorismus, d.h. Verbesserung der Profitabili-

tät der Unternehmen insbesondere auf Kosten der Beschäftigten, d.h. durch Konzipierung einer Arbeitspolitik der Arbeitsintensivierung. Kritische Industriegesellschaft, so formulierte Kern damals in Anschluss an die „kritische Theorie“, stand für das Gegenteil: in „intellektueller Unabhängigkeit“ und ohne „Denkverbote“ wollte sie „gesellschaftliche Missstände und Fehlentwicklungen .... problematisieren und Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderung erörtern“ (Kern, S. 95, 1979). Das heißt hier vor allem auch: Die Wirkung „angewandter Industrieforschung“ im Sinne eines praktizierten Taylorismus‘ in ihren Negativ-Folgen für die Arbeiter zu dechiffrieren.

Kein Zweifel nun: Aus manchem ehemaligen, auch kritischen Industriegesellschaftler ist in den vergangenen Jahren ein recht unkritischer Industrieberater geworden. Über diesen Wechsel ins traditionelle Industrieforschergeschäft braucht hier kein weiteres Wort verloren zu werden. Aber ich bin ziemlich sicher: Sie stellen in der akademischen Zunft eine Minderheit dar. Spannend ist allein die Frage: Kann man sich heute auf eben diesen, von Kern formulierten Anspruch kritischer Industriegesellschaft beziehen und trotzdem an der Beratung und Mitwirkung von betrieblichen Rationalisierungsprozessen beteiligt sein? Kann man bei Aufrechterhaltung einer Gesellschaftsanalyse, für die der Interessenwiderspruch von Arbeit und Kapital Bedeutung behält, im Teilbereich der Arbeitspolitik zum Mitmacher werden?

Das haben wir früher dezidiert verneint. Heute beantworte ich die Frage mit „ja“. Einem „Ja“ freilich, das keineswegs voraussetzungslos ist. Erst die Weiterführung theorieorientierter Grundlagenforschung erlaubt es der kritischen Industriegesellschaft, das Fenster für einen Anwendungsbezug zu öffnen, das auch „Gestaltung“ einschließt. Denn nur wo es tatsächlich um die Konzipierung und Realisierung von dezidiert antitayloristischer Rationalisierung geht, kann sie diese Aufgabe übernehmen. Dann aber ist die Aufnahme dieser Beraterarbeit keineswegs der Wechsel ins Lager der Servants of Power, sondern bleibt in der Linie kritischer Anwendungsorientierung.

Ich greife im Folgenden bewusst auf einen Vortrag von mir beim BMBF über „Innovative Arbeitspolitik – Wissenschaften in einer neuen Rolle“ zurück, der zeigen kann, wie wir uns hier auch nach außen positionieren.

Bei der Konzipierung innovativer Arbeitspolitik knüpfen wir dort an, wo die Wirtschaft selbst in ihrem Bemühen um eine bessere Nutzung der Human Resources anti-tayloristische Konzepte erprobt. Wir wissen: Gerade etwa im Automobilbau als einer der stilbildenden Branchen in Deutschland für betriebliche Rationalisierungspolitik stehen sich heute sehr gegensätzlich ausgerichtete arbeitspolitische Konzepte und Realitäten gegenüber. Martin Kuhlmann hat in seiner Dissertation sehr schön gezeigt, wie sich hier einerseits Mikrohierarchien, der untergeordnete Status von Produktionsbeschäftigten und die Restriktivität von Arbeit in einigen Fällen noch verstärkt haben, sich andererseits aber eben auch Ansätze finden, mit denen eine weitreichende Aufwertung des Shop-floors verbunden ist.

Nur bei einer solchen innovativen Arbeitspolitik bringen wir uns ein. Mitmachen heißt dabei für die kritische Industriegesellschaft zweierlei:

1. Voraussetzung ist, dass tatsächlich wirtschaftlich Zugewinn durch verbesserte Ausbildung, kompetentere Arbeit und vergrößerte Arbeitsautonomie der Einzelnen und Gruppen erreicht werden soll; dann spricht alles dafür, sich in die Konzeptionierung und Gestaltung möglichst produktiv als Diskutant, Ideengeber, Geburtshelfer, Treiber und Evaluator einzubringen. Übrigens: Dabei sind Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter ebenso selbstverständliche Kooperationspartner wie Meister, Betriebsingenieure und Werksleiter

Bei der Wahrnehmung der Aufgaben darf freilich der freie, kritische, nicht durch Interessen-Involvement geblendete Blick, darf also von der Unabhängigkeit und Objektivität als Wissenschaftler kein Deut geopfert werden. Denn kritische Industriegesellschaft bringt hier „Wissenschaft“ ein, nicht ope-

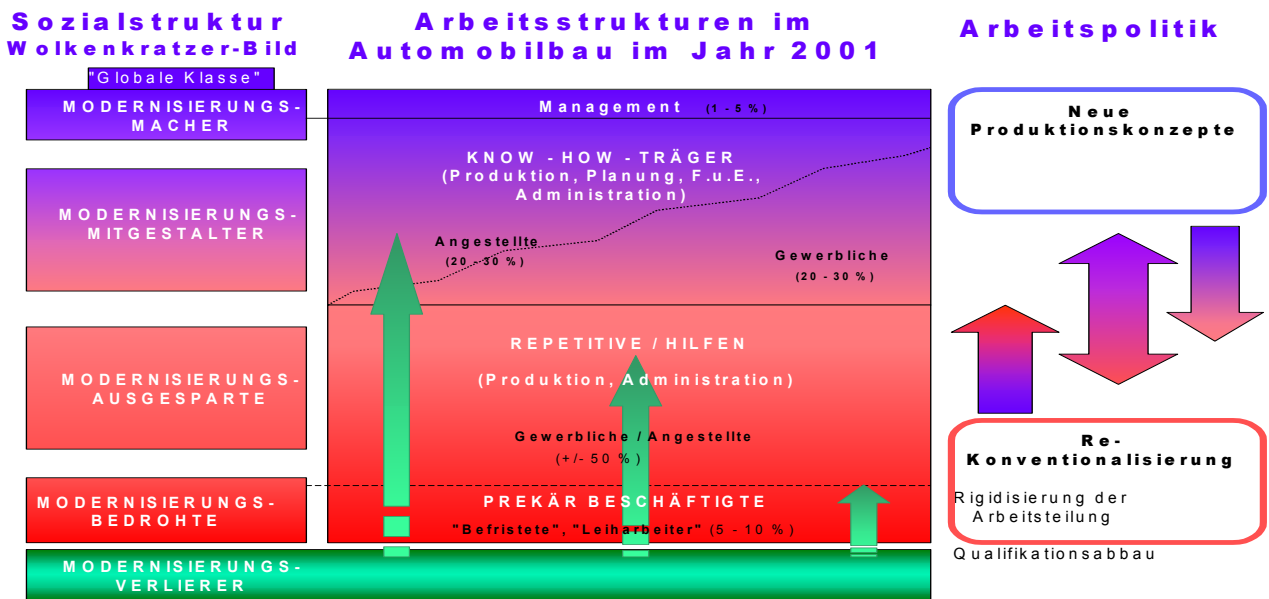
ratives Konzeptionieren und Implementieren – das leisten unternehmensinterne arbeitspolitische Spezialisten und kommerzielle Firmen.

Die Stärke der Wissenschaft in diesem Geschäft liegt gerade darin, dass sie ihren „Eigensinn“ bewahrt. Das meint auch, betriebliche Modernisierung betriebsübergreifend weiterzudenken und den Blick auf ihre gesellschaftlichen Wirkungen zu öffnen. Es gilt also durchaus, bei den wissenschaftlichen Interventionen auch gesellschaftliche Solidaritäts- und Demokratiefähigkeiten ins Spiel zu bringen. Dies bewahrt sie vor jenem „heimlichen Funktionalismus“, von dem Kern spricht (Kern, S. 129, 2002), der nur unter dem Deckmantel „gemeinverträglicher Lösungen“ die Soziologen zu Konsensverschaffern im einseitigen Organisationswohl werden lässt. Das Insistieren auf ihrem Eigensinn erlaubt es ihnen, sich dem „cui bono“ betrieblicher Macht nicht unterzuordnen.

2. Eine besondere Herausforderung der innovativen Arbeitspolitik für die Arbeits- und Sozialwissenschaften liegt darin, dass mit ihr neue, vielschichtige Typen von Arbeit entstehen, für deren adäquate Analyse unsere Wissenschaft bisher nicht allzu gut vorbereitet ist. Hierin ist Deutschmann ja zuzustimmen. Wir wissen bei innovativer Arbeitspolitik nicht mehr immer ganz genau, was an ihr „gute Arbeit“ ist bzw. welche Widersprüchlichkeiten und neuen Probleme entstehen. Wir lernen: Auch Positiv-Attribute wie „Qualifiziertheit“ und „Selbständigkeit“ können ihre Kehrseiten haben, zu destruktiver Selbstausbeutung führen und die Lebenswelt betrieblich instrumentalisieren. Detlef Gerst hat dieses Thema in seiner Dissertation bearbeitet und

resümiert sehr treffend die vorfindlichen Ambivalenzen: „Entscheidet sich das Management für selbstorganisierte Arbeitsformen, erhöht dies nicht zwangsläufig die Chancen der Beschäftigten, sich von Fremdbestimmung zu emanzipieren. Die Folgen für die betriebliche Demokratie sind ambivalent. Zwar vermindert das Management die unmittelbar auf das Verhalten gerichtete Kontrolle, doch unterliegen die Arbeitskräfte jetzt systemischen Zwängen, die ihre Entscheidungsoptionen auf indirektem Wege verengen“ (Gerst, 2002).

Doch auch in diesem BMBF-Vortrag war es wichtig zu betonen, dass für die kritische Industriesoziologie die Konzentration der staatlichen Förderpolitik auf beispielhafte innovative Arbeitspolitik keinesfalls heißen darf, sich nun nur noch auf diesen Ausschnitt betrieblicher Rationalisierung zu konzentrieren. Da gegenwärtig und möglicherweise auf Dauer von einem arbeitspolitischen Konzeptpluralismus auszugehen ist, werden in den Betrieben auch traditionelle Konzepte weitergeführt. Die Eigeninitiative der Wirtschaft bei der Entwicklung innovativer Arbeitspolitik darf die Wissenschaften nicht veranlassen, nun nur den Strahlen der Sonne zu folgen und sich auf die Modernisierung zu konzentrieren, wenn gleichzeitig auch tiefe Schatten im Fortbestehen des Alten auszuleuchten bleiben. Die Mechanismen, Begründungen und Folgen dieser Heterogenisierung der Arbeitspolitik, insbesondere die zu beobachtende, erneute Rekonventionalisierung, bleiben auf der Wissenschafts-Agenda gleichermaßen als Weiterentwicklung einer Theorie der Rationalisierung wie in empirischer Rekonstruktion des Wandels. Dabei geht es auch um die Einschätzung der gesellschaftlichen Chancen innovativer Arbeitspolitik gegen Rekonventionalisierung.



V.

Das Neue kritischer Industriesoziologie ist, dass ihr praxisbezogener Handlungsanspruch erweiterte Optionen ermöglicht und auch innerbetriebliche Gestaltung einschließt. Kern hatte in seiner Antrittsvorlesung, wie wir alle damals, nur den *einen* Kooperationspartner im Auge: Arbeiter und ihre Interessenvertretung. Heute erfordert der Praxisbezug breitere Koalitionen mit verschiedensten betrieblichen und gesellschaftlichen Akteuren aus allen Lagern, um innovativer Arbeits- und Beschäftigungspolitik auf den Weg zu helfen.

Wir sind beispielsweise aufgefordert, das VW-Projekt 5000 x 5000 wissenschaftlich zu begleiten. Sie erinnern: Da geht es um Beschäftigungsmöglichkeiten für 5000 Arbeitslose. Im Vorhaben sollen innovative Ansätze der Beschäftigungs- und der Arbeitspolitik verknüpft werden. Wir lassen uns deswegen darauf ein, weil es uns, ganz in Übereinstimmung mit dem Selbstverständnis einer kritischen Industriesoziologie, ermöglichen könnte, die Praxis real zu verbessern. Besonders der Brückenschlag zwischen der Exclusionsfragestellung und der Arbeitsgestaltung ist extrem spannend. Gelingt innovative Arbeits- und Beschäftigungspolitik, so bringen wir damit die aufgezeigten Erwerbs-Sozialstrukturen in positiver Richtung in Bewegung (vgl. Bild 2). Das heißt, aus dem Segment der Arbeitslosen wird eine

Bewegung ins Segment der Beschäftigten gestützt, und in diesem könnte es durch die innovative Arbeitspolitik gelingen, den Modernisierungsausgesparten den Weg zu den Modernisierungsmitgestaltern zu öffnen.

Wichtig ist für uns auch bei diesem Projekt: Der übergeordnete normative Maßstab unserer Forschung ist die sozialbestimmte Innovationsperspektive. Sie stellt das Scharnier dar zwischen Wissenschaftlern und Praktikern aller beteiligten Akteurslager. Sie ermöglicht auch, dass wir in der Untersuchung einen eigenständigen Teil Grundlagenforschung vorgesehen haben, um das Konzept innovativer Arbeitspolitik theoretisch besser zu fundieren. Der Einwand von C. Wright Mills gegen Parsons, den Kern in seinem Vortrag aufgreift (Kern, S. 131, 2002), war: „Die rätselhafte Beseitigung des Konflikts und die grandiosen Eigenschaften der Harmonie berauben diese ... Theorie der Möglichkeit, sich mit dem sozialen Wandel, der Geschichte, zu beschäftigen“ (zitiert nach Kern). Würde sich kritische Industriesoziologie tatsächlich mit der neuen Beratungsfunktion begnügen, in der es allemal um „Problemlösungen“ geht, so wäre dieser Einwand von Horst Kern nicht zurückzuweisen. Aber wer will das? Gerade in der Analyse der betrieblichen Rationalisierung und der zu beobachtenden Auseinandersetzungen um strukturinnovative und -konservative Arbeitspolitik bleibt der Konflikt als *Movens* des Geschehens konstitutiv.

Mein Resümee lautet: Kritische Industriesoziologie wird neu herausgefordert. Die von ihr zu bewältigenden Probleme sind vielfältiger geworden. „Anwendungsorientierte Grundlagenforschung“, wie wir herkömmlich unser Wissenschaftsverständnis nannten, differenziert sich aus in unterschiedliche Erkenntnisinteressen und Arbeitsziele. „Eigensinn“ und „Kritik“ im Sinne der Abwehr von Macht- und Interessenvereinnahmung und des Insistierens auf einer sozialbestimmten Verbesserungsperspektive sichern aber die Einheit.

Ob es der industriesoziologischen Grundlagenforschung gelingt, die „Logik“ ökonomischer Prozesse, also die

durch die Kapitalverwertung stimulierte Suche nach möglichst effizienten Lösungen, und die dadurch technisch, ökonomisch und institutionell gesetzten Strukturvorgaben mit dennoch geltenden Spielräumen für Akteurshandeln, und politisch-normativ begründete Diskursinterventionen als „Theorie“ genauer zu bestimmen, wird die eine Probe aufs Exempel unserer Wissenschaft sein. Ob sich die industriesoziologische (Mit-)Gestaltungsarbeit der Vereinnahmung zu entziehen vermag, die zweite. In beiden Feldern sind Risiken des Scheiterns nicht zu übersehen. Doch die kritische Industriesoziologie hat meines Erachtens auch gute Chancen, sie zu bewältigen und dann in ihrer wissenschaftlichen und politischen Intention gestärkt aus diesem eigenen Transformationsprozess hervorzugehen.

## Literatur

- Baethge, Martin (1987): Nachwort zu einer Diskussion, die hätte geführt werden sollen, in: Im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie von Burkhardt Lutz (Hrsg.): *Technik und sozialer Wandel: Verhandlungen des 23. Deutschen Soziologentages in Hamburg 1986*, S. 185-195, Frankfurt/Main und New York.
- Bahrdt, Hans Paul (1981): *Schwerpunkte und Arbeitsgebiete des Seminars in der Lehre*, in: Seminarbrochure des Soziologischen Seminars der Georg-August-Universität Göttingen, S. 26-35.
- Bahrdt, Hans Paul (1982): *Die Industriesoziologie – eine „spezielle Soziologie“?*, in: Schmidt, Gert; Braczyk, Hans-Joachim; von dem Knesebeck, Jost (Hrsg.): *Materialien zur Industriesoziologie*, Sonderheft 24/1982, S. 11-15.
- Dahrendorf, Ralf (2000): *Die globale Klasse und die neue Ungleichheit*. In: *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*, Nr. 619, Heft 11, S. 1057-1068. Klett-Cotta. Stuttgart.
- Deutschmann, Christoph (2001): *Die Gesellschaftskritik der Industriesoziologie – ein Anachronismus?*, in: *Leviathan* Nr. 1, S. 58-69.
- Deutschmann, Christoph (2001): *Postindustrielle Industriesoziologie. Theoretische Grundlagen, Arbeitsverhältnisse und soziale Identitäten*, Weinheim und München.
- Gerlach, Frank; Kronauer, Martin; Vogel, Berthold (1993): *Im Schatten der Arbeitsgesellschaft: Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung*, Frankfurt/Main u.a.



- Gerst, Detlef (2002): Selbstorganisation und betriebliche Demokratie. Systemische Zwänge und subjektive Orientierungen in teilautonomer Gruppenarbeit. Manuskript. Göttingen*
- Horkheimer, Max (1934): Dämmerung, Zürich
- Kern, Horst (2001): Die Wiederkehr der Soziologie, in: Wissenschaften 2001. Diagnosen und Prognosen. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung. Herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen. Sonderdruck. Wallstein Verlag.
- Kern, Horst (1979): Kampf um Arbeitsbedingungen. Materialien zur „Humanisierung der Arbeit“, Frankfurt/Main.
- Kern, Horst; Schumann, Michael (1984): Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung, München.
- Kocka, Jürgen (2000): Arbeit früher, heute, morgen: Zur Neuartigkeit der Gegenwart, in: Kocka, Jürgen; Offe, Claus (Hrsg.): Geschichte der Zukunft der Arbeit, S. 476-492, Frankfurt/Main und New York.
- Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt/Main.
- Kuhlmann, Martin (2002): Arbeit im Umbruch? Die Entwicklung betrieblicher Arbeits- und Sozialstrukturen in der Automobilindustrie. Manuskript. Göttingen.*
- Lutz, Burkart; Schmidt, Gert (1977): Industriosozologie, in: René König (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, S. 101-262, Stuttgart.
- Negt, Oskar (2001): Arbeit und menschliche Würde, Göttingen.
- Offe, Claus (1982): Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie?, in: Im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie von Joachim Matthes: Krise der Arbeitsgesellschaft: Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, S. 38-65, Frankfurt/ Main und New York.
- Sauer, Dieter (2001): Zur Zukunft industrieller Erwerbsarbeit (Kommentar zu Gerhard Bosch), Diskussionspapier.
- Schmidt, Gert (1999): Kein Ende der Arbeitsgesellschaft. Überlegungen zum Wandel des Paradigmas der Arbeit in „frühindustrialisierten Gesellschaften“ am Ende des 20. Jahrhunderts, in: Schmidt, Gert (Hrsg.): Kein Ende der Arbeitsgesellschaft: Arbeit, Gesellschaft und Subjekt im Globalisierungsprozeß, S. 9 28, Berlin.